



«Gut, jetzt kommen wir zum Oberbschiss»

Magdalena Martullo-Blocher Sie ist der Kopf der SVP-Kampagne gegen das Vertragspaket mit der EU. Nun erhebt die SVP-Vizepräsidentin Vorwürfe gegen die Befürworter – und sagt, was sie anders machen will als ihr Vater.

Mario Stäubli und Fabian Fellmann

SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher fällt in Bern aus dem Rahmen. Sie ist laut, direkt, und so setzt sie auch ihre Macht ein. Für die SVP führt sie die Kampagne gegen die neuen EU-Verträge an. Ein Interview mit ihr kann zum Schlagabtausch werden; Martullo-Blocher erhebt reihenweise Vorwürfe gegen die «Euroturbos», welche die Debatte «abklemmen» wollten. Sie erklärt aber auch, wie sie 1992 als Studentin in den Kampf ihres Vaters Christoph Blocher gegen den Europäischen Wirtschaftsraum hineingeriet. Und sie verrät, warum sie einen Porsche 911 fährt – und manchmal im Beifahrersitz arbeitet.

Frau Martullo, kandidieren Sie für die Nachfolge von Guy Parmelin?

Nein, ich werde nicht kandidieren. Ich bin und bleibe Unternehmerin. Die SVP hat viele gute Kandidatinnen und Kandidaten.

Sie haben im Kampf gegen das EU-Vertragspaket die Führung übernommen – 34 Jahre nachdem Ihr Vater gegen den EWR angetreten ist. Damals waren Sie Studentin.

Ja, in St. Gallen, wo alle für den EWR waren. Die Professoren haben den Untergang der Schweiz herbeigepredigt, das ist aber nicht passiert. Ich musste zum Teil intervenieren, weil sie meinen Vater persönlich diffamierten. Sie erschrecken dann, weil sie nicht wussten, dass die Tochter im Hörsaal sass. Ich ging nach der Vorlesung nach vorne und sagte: «Darf ich mich vorstellen? Sie kennen weder meinen Vater noch mich. Das ist doch nicht Ihr Auftrag, hier Leute zu diffamieren.»

Wie haben Sie diese Zeit erlebt? Das war schon ein harter Kampf. Richtig schlimm wurde es, als mein Vater 1992 die Abstimmung gewann. Ich wollte einer Kochstudentenschaft beitreten. Andere wehrten sich wegen der Politik meines Vaters dagegen, dass ich aufgenommen werde. Also stimmte die Studentenschaft ab – und nahm mich auf. Dafür traten andere aus. Obwohl sie mich noch nie gesehen hatten, obwohl ich mich nie politisch geäußert hatte. Das war reine Sippenhaft.

«Sie nimmt das Erbe des Vaters an», hat die NZZ nach einem Ihrer Auftritte geschrieben. Ich engagiere mich nicht rückwärtsgerichtet. Ich engagiere mich vorwärts. Damals war die EU noch nicht so etabliert. Mein Vater erkannte aber, dass der Zentralismus nicht gut funktionieren würde. Heute kenne ich die EU aus meinem Geschäft sehr gut. Ich habe viele Kunden in der EU, die alle unter der Bürokratie und der Energiepolitik leiden und mich anflehen, dass die Schweiz diese nicht übernehmen soll.

Ihr Vater sprach von einem «Auftrag». Warum machen Sie es?

Ich will alles machen, was möglich ist, um diese EU-Verträge zu verhindern. Die Schweiz liegt mir am Herzen. Meine Fir-

ma und ich kämen aber auch anderswo zurecht.

Wohin würden Sie gehen?

Das weiss ich nicht. Es gibt viele schöne Orte, ich bin gern in der Natur. Aber ernsthaft: Ich engagiere mich aus Patriotismus. Gerade dass Unternehmer sich einsetzen, macht die Schweiz stark. So wie die unzähligen Schweizer Unternehmer, die alle gegen die EU-Verträge kämpfen.

Welche Parallelen sehen Sie zwischen dem Kampf Ihres Vaters und Ihrem?

Es ist nicht dasselbe. Mein Vater war allein, mit Ausnahme von FDP-Nationalrat Otto Fischer. Heute sind die Gegner viel breiter abgestützt. Neben Kompass Europa gibt es die Unternehmer von Autonomiesuisse, der Gewerbe- und der Bauernverband sind kritisch, das Frauenkomitee Her Voice, das Liberale Netzwerk... Viele FDP- und die Mitte-Politiker sind klar dagegen, wie wir gerade im Ständerat sehen konnten.

Was werden Sie anders machen als Ihr Vater?

Vieles – Stichwort Social Media. Gleich ist hingegen, dass man die Stimmbürger informieren und überzeugen muss. Am Schluss braucht es eine Mehrheit. Beim EWR waren Volk und Stände dagegen. Die Euroturbos wollen den neuen einschneidenden Vertrag nicht einmal einer obligatorischen Abstimmung unterstellen.

Aber Sie können einen Erfolg feiern. Der Ständerat sprach sich eben dafür aus, das EU-Paket dem Ständemehr zu unterstellen. Das erhöht die Schwelle in einer Abstimmung. Ja, und dieser Entscheid war eindeutig. Viele Ständeräte haben gemerkt, dass es hier um Wesentliches geht. Wir reden nicht einfach von Bilateralen oder von einem Freihandelsvertrag auf Augenhöhe. Hier geht es um den Verlust unserer Souveränität. EU-Recht wird unsere ganze Rechtssetzung, Umsetzung und Durchsetzung definieren. Das EU-Recht, das wir von der EU übernehmen müssen, steht als Völkerrecht sogar über unserer Verfassung.

Stopp – die Schweiz wird kein Recht automatisch übernehmen. Der Bundesrat muss zustimmen, je nachdem auch das Parlament, und wenn es ein Referendum gibt, kann das Volk entscheiden. Nur wenn eine Gesetzesanpassung in der Schweiz nötig ist. Sonst gilt das EU-Recht auch in Zukunft direkt für die Schweiz.

Es gilt kein Recht direkt.

Zuerst muss immer die Schweiz zustimmen.

Auch hier wird das Volk getäuscht: Alles EU-Recht wird in Anhängen zum Vertrag übernommen. Damit wird es direkt in Kompetenz des Bundesrats genehmigt und dort von einem Beamten in Brüssel. Der Bundesrat und die Verwaltung führen das Volk grob an der Nase herum. Die EU bringt einen neuen Erlass in den sogenannten Gemischten Ausschuss ein. Wenn unser Verwaltungsbeamter nicht sagt, dass die Schweiz es nicht übernimmt,

tritt es sofort in Kraft. Beim Lebensmittelrecht tritt es sogar in Kraft, wenn der Beamte für die Schweiz nicht zustimmt. Da müssen wir danach wieder zurückwechseln auf unser Recht.

Das gilt nur für kleinere Änderungen. Die Diplomaten im Gemischten Ausschuss brauchen einen Auftrag des Bundesrats, bevor sie etwas zustimmen können. Der Bundesrat muss das Parlament konsultieren. Das Parlament kann eingreifen.

Nein, das Parlament wird nicht konsultiert. In ein- oder vierjährigen Berichten wird es informiert. Die EU erlässt jedes Jahr 150'000 Seiten neue Regeln. Das ist Völkerrecht. Gegen Völkerrecht und Vertragsanhänge gibt es kein Referendum, also keine Volksabstimmung. Dabei geht es um wichtige Belange: wer einwandern darf in unsere Sozialwerke, die Stromhoheit oder was wir zukünftig essen und trinken dürfen beispielsweise.

«Wir müssen die Mogelpackung aufschneiden und erklären, warum es beim sogenannten bilateralen Weg überhaupt geht.»

Das Parlament kann jederzeit reagieren, mit Motionen, Postulaten, Interpellationen. Wenn der Beamte im Ausschuss zugestimmt hat, ist es gelaufen. Sogar wenn eine Volksinitiative etwas anderes will, werden wir von der EU abgestraft. Im Luftverkehrsabkommen haben wir schon seit 25 Jahren die dynamische Rechtsübernahme. Unsere Regulierung ist von 800 Seiten auf 15'000 Seiten gewachsen, und die Sicherheit hat nachweislich abgenommen. Ist jemals etwas davon ins Parlament gekommen? Nur zweimal, als unsere Gesetze angepasst wurden. Man ist der EU-Regulierung gefolgt, auch wenn nun Piloten von Kleinflugzeugen und Helikoptern einen Teil ihrer Altersvorsorge verlieren.

Der Luftverkehr ist weltweit streng reguliert – und in der Schweiz funktioniert er im Grossen und Ganzen gut.

Der internationale Verkehr unterliegt sowieso internationalem Recht. Jetzt aber geht es um Inlandrecht auch bei Strom, Lebensmitteln, Zuwanderung und dem öffentlichen Verkehr. Wenn Sie jetzt sagen, dass wir alle Gesetzesänderungen noch diskutieren können, antworte ich: Wir haben schon bei den bestehenden Abkommen fast nie etwas behandelt. Jetzt im Parlament behandelt man den neuen Vertrag und die 20'000 Seiten EU-Regulierung als Anhänge, die wir auf einen Schlag übernehmen müssen, gar nicht. Alles, was von der EU komme, könne man nicht ändern. Dabei haben wir den Vertrag noch gar nicht genehmigt



«Die Schweiz liegt mir am Herzen. Meine Firma und ich kämen aber auch anderswo zurecht», sagt Magdalena Martullo-Blocher.

und auch nicht abgestimmt. Das zeigt doch, wie es danach laufen wird: Die EU erlässt, wir setzen um. Zu sagen haben wir nichts.

Acht Kommissionen des Ständerats haben 111 Stunden lang über das EU-Paket beraten.

Ja, aber nur über die Umsetzung und Anpassungen und ob obligatorisch abgestimmt werden soll. Und wenn eine Ständerätin Änderungen vorschlug, hiess es gleich, das entspreche nicht dem Vertrag, das werde die EU nicht akzeptieren, dann würden wir abgestraft. Nur an zwei Stellen hat der Ständerat etwas Abweichendes beschlossen. So bei den Strafregistrauszügen von EU-

Bürgern, die einwandern, oder der Einschränkung, dass Sozialhilfe- oder Arbeitslosengeldbezüger kein Recht auf Daueraufenthalt erhalten sollen. Das sind dann Verstösse gegen die Verträge, und die EU kann das mit Strafen sanktionieren. Der Nationalrat wird das wohl noch zurückkorrigieren.

Finden Sie, der Ständerat hätte mehr Vertragsbrüche beschliessen müssen?

Nein, er hätte den Knebelvertrag ablehnen sollen. Kein Land auf der Welt hat so einen Vertrag. Fremdes Recht, fremde Richter, fremde Strafen – ein Kolonialvertrag.

In der Summe sind Sie aber erfreut über die Beschlüsse des Ständerats?

Nein. Das Volk muss final entscheiden. Jetzt kann es noch abstimmen, mit dem neuen Vertrag wird das kaum mehr möglich sein.

Aber die Schweiz kann Einfluss nehmen in Brüssel.

In Brüssel schreiben 60'000 Beamte jeden Tag neues EU-Recht, und 30'000 Lobbyisten versuchen, dort Einfluss zu nehmen. In dem nun der Bundesrat ein, zwei Leute dorthin schickt, meint er, dass wir damit das EU-Recht ändern können. Das ist naiv.



Blocher. Foto: Adrian Moser

Das stimmt nicht. Bei der Waffenrichlinie brachte die Schweiz erfolgreich ihre Vorbehalte ein. Und als das Referendum ergriffen wurde, stimmte das Volk ab. Das wollten sie zuerst auch am Parlament und am Volk vorbeischnuggeln.

Die komplexen Abläufe in der EU kann man gut finden oder nicht. Aber die Grundfrage für die Schweiz ist doch, ob sie einen einfachen Zugang zu den europäischen Märkten will – und ob dieser Zugang die Bürokratie wert ist. Es geht hier gar nicht um den Marktzugang. Im Paket geht es

darum, dass die EU-Produktzulassung in der Schweiz gemacht werden kann statt in der EU.

Das mag für grosse Konzerne wie die Ems-Chemie ein Detail sein, aber nicht für ein KMU. Auch KMU können in der EU einfach zulassen. Alle Länder, die in die EU exportieren, machen das. Die Firmen wollen die Produktzulassung in der Schweiz machen, weil es in der Schweiz einfacher und pragmatischer ist als in der EU. Wenn wir aber alles von der EU übernehmen, sind wir nicht mehr schneller und haben die gleichen Nachteile. Für so ein Detail sollen wir unsere ganze Souveränität in wichtigen Fragen aufgeben und unser ganzes politisches System umkrempeln. Das steht in keinem Verhältnis.

Als Nächstes soll der Nationalrat die EU-Verträge im Dezember durchberaten. Gut, jetzt kommen wir zum Oberbschiss. Das hat es in Bern noch gar nie gegeben.

Was ist der Oberbschiss? Die Euroturbos wollen die Verträge im Parlament schnell durchpeitschen und noch im Juni 2027 an die Urne bringen, vor den Wahlen im Oktober. Je mehr die Bürger hören und wissen, desto stärker wird nämlich der Widerstand.

Erwarten Sie, dass sich die Befürworter mit dem Plan durchsetzen? Den Kommissionen verwehrt man die Behandlung. Anhörungen werden verboten, alles muss durch die Aussenpolitische Kommission mit den Euroturbos. Zusatzsitzungen, Abklärungsaufträge über Nacht zeigen die verzweifelten Aktionen der Befürworter. Eigentlich wurden die Verhandlungen wegen des Stroms aufgenommen, nun will man die umstrittenen Strom- und Lebensmittelverträge abspalten. Dem sagt man dann Stabilisierungspaket, obwohl laufend neues EU-Recht einfließt. Die Aussenpolitische Kommission gibt den Zeitplan vor. Alles muss bis im Dezember beraten sein. Die anderen Kommissionen können nur Mitberichte machen, obwohl sie sich gewehrt haben. Das ist einfach nicht seriös.

Auch der Nationalrat wird viele Stunden Beratung in das Paket stecken. Glauben Sie, es wird im Dezember zu Ende sein? Die Euroturbos im Nationalrat sind zu allen Schandtaten bereit. Man behandelt nichts inhaltlich und stimmt in vielem dem Ständerat zu, dann geht es schneller. Das gab es noch nie, dass etwas Grösseres in nur einer Session erledigt wird. Danach müssen wir Unterschriften sammeln für ein Referendum und die Volksabstimmung.

Sie werden versuchen, eine frühe Abstimmung im Juni zu verhindern. Sie wollen das Wahlkampfthema EU-Verträge für den Herbst nicht verlieren. Ich kann das nicht verhindern. Die Mehrheiten im Nationalrat sind, wie sie sind. Die Euroturbos lassen ihre Macht spielen. Ich

würde gern das Volk noch mehr offen und ehrlich informieren.

Also werden Sie Anfang 2027 die grosse Gegenkampagne starten? Ja, das müssen wir. Wir informieren schon jetzt breit. Wir müssen die Mogelpackung aufschüren und erklären, worum es beim sogenannten bilateralen Weg überhaupt geht. Wenn die Leute genau hinschauen, werden sie skeptisch. Und wenn sie verstehen, wie es sie direkt betrifft, sind sie regelrecht geschockt.

Sie werden in den nächsten Monaten im Fokus stehen. Viel Aufmerksamkeit haben Sie jüngst mit Ihrem Auto erregt – einem silbernen Porsche 911. Unser Unternehmen liefert an die Autoindustrie, ich reise viel mit verschiedenen Autos. Ich finde meinen Porsche 911 super. Ich habe gern Power, mir gefällt die Beschleunigung. Leider kann ich nicht immer selber fahren, weil ich die Zeit im Auto für Arbeiten nutzen muss. Das geht auch im 911er. Eher aussergewöhnlich, ich weiss.

Das ist wohl der ungewöhnlichste Dienstwagen der Schweiz. Den Mut habe ich. Viele, vor allem auch Junge, finden das lustig. Wenn ich bei den EU-Verträgen schon schlechte Nachrichten bringe, dann tut etwas Erhellung doch auch gut, oder?

Ihr Porsche war prominent auf dem Bundesplatz parkiert, der «Blick» machte daraus eine Geschichte. Er war nicht parkiert. Er hat mich abgeholt. Ich musste zu einem EU-Auftritt in die Westschweiz, und es gab Verzögerungen. Ich reise mit viel Gepäck, weil ich im Bundeshaus arbeite. Aber sogar die grossen Ordner des 2200-seitigen EU-Vertrags haben, ohne die Regulierungen, im Kofferraum vorne im Porsche Platz.

Was nach Posse klingt, hat einen ersten Hintergrund: Wegen des Autos – und weil Sie im Bundeshaus oft ein beliebtes Sitzungszimmer buchen – geht der Vorwurf an Sie, sich Privilegien herauszunehmen, die andere nicht haben. Ich halte mich an die Regeln. Ich stehe immer unter Beobachtung. Wenn man keine Gegenargumente mehr hat, versucht man es mit persönlichen Angriffen auf die Firma oder die Familie. Das ist natürlich nicht okay.

Ihre Kinder studieren, während Sie politisch im Fokus stehen. Noch eine Parallele zu 1992. Sie erleben alles noch intensiver als ich damals, weil ihr Grossvater und ihre Mutter politisch aktiv sind und auch noch ihr Vater als Unternehmer in den Medien ist.

Roberto Martullo hat kürzlich die Schuhmarke Künzli gekauft. Gerettet, sie hatte keine Nachfolgelösung. Auch ein interessantes Geschäft. Aber meine Tochter sagte mir gestern: «Gopf, könnt ihr nicht einmal eine Woche lang nicht in den Medien kommen?» Da habe ich gesagt: «Ja, das wäre eigentlich das Ziel.»